Ich wollte Sie davon in Kenntnis setzen, dass die "Oma-Revolte" nun fix am **1. September 2017 um 16 Uhr auf dem Heldenplatz** stattfindet. Die Demo wurde der Polizeidirektion gemeldet, was mir bereits ohne Beschränkungen bescheinigt wurde. Die Wahl fiel deshalb auf den Heldenplatz, weil dort jetzt die Container des Parlaments stehen, das ja umgebaut wird. Dort ist genügend Platz, da ja nicht absehbar ist, wie viele Personen teilnehmen werden. Es haben sich schon eine Reihe von privaten Initiativen gemeldet, die unter ihren Mitgliedern Werbung machen.

Wer aus Vorarlberg mit dem Bus mitfahren will, melde sich bitte bei mir (0664/32 31 745). Es sind noch Plätze frei. Hinfahrt ist am 1. September, Übernachtung in einer Jugendherberge, Rückfahrt am 2. September.

Bitte bringen Sie Transpartente oder Tafeln mit (einfach einen Karton mit weißem Papier bekleben und beschreiben). Obwohl die "Oma-Revolte" vor allem für eine Verbesserung der finanziellen Lage der älteren und alten Mütter eintritt, da diesen die Kindererziehungszeiten mit Null Schilling angerechnet wurden, sind natürlich auch jüngere Mütter, die zu Recht mit den aktuellen Regelungen nicht einverstanden sind (überschneidende Zeiten bei kurzem Geburtenabstand etc.), herzlich eingeladen, am 1. September für ihre Forderungen einzutreten.

Im Anhang an diese E-Mail finden Sie zwei Gleichnisse, mit denen bewiesen wird, dass es keine Almosen sind, für die wir eintreten, sondern dass es unser moralisches Recht ist, pensionsrechtlich für unsere Leistungen belohnt zu werden. Denn diese Gleichnisse beweisen eindeutig: **Ohne unsere, für den Staat kostenlos erbrachten Leistungen, gäbe es heute überhaupt keine Pensionen!**

Zur Erinnerung nochmals die Forderungen der "Oma-Revolte":

**1. Gerechte Berechnung der Kindererziehungszeiten, auch für die Jahre vor 2005, und Auszahlung der errechneten Beträge an alle Mütter, auch an die, die sonst keine Pension erhalten.**

**2. Einrechnung der a) Kindererziehungszeiten und b) Erwerbstätigkeit nach Pensionseintritt in die 30 Jahre, die für die höhere Ausgleichszulage Voraussetzung sind.**

**3. Auszahlung des Höherversicherungsbetrages zusätzlich und nicht anstatt der Ausgleichszulage.**

Der erste Punkt ist eindeutig der wichtigste. Am einfachsten wäre wohl, allen alten Müttern pro Kind und Monat einen bestimmten Betrag entweder aus dem Pensionstopf oder aus Steuergeldern auszuzahlen. Und zwar unabhängig davon, ob sie selbst eine Pension haben, ob sie verheiratet, verwitwet oder alleinstehend sind. Also kein Almosen für besonders Bedürftige, sondern **ein erarbeitetes Recht**für alle Mütter. Ein solches Gesetz könnte sehr schnell beschlossen werden. Das ist auch nötig, denn wir haben nicht mehr jahrelang Zeit. Viele Betroffene sind schon weit über 70. Von einer 79-jährigen wurde die Idee eines Hungerstreiks an mich herangebracht. Ich kann mir das durchaus vorstellen, wenn sich bis Sommer 2018 nichts Entscheidendes verbessert hat. Ich bin sicher, in ganz Österreich 10 bis 20 Frauen aufzutreiben, die dafür bereit sind. Sicher ein gefundenes Fressen für Journalisten aus der ganzen Welt ("Österreich lässt alte Mütter hungern!")

Die Punkte 2. b) und 3. haben mich zur "Oma-Revolte" inspiriert, weil ich (derzeit über 74) in den letzten 10 1/2 Jahren später Berufstätigkeit der öffentlichen Hand nachweisbar weit mehr als EUR 160.000,00 finanzielle Vorteile gebracht habe und doch ohne Arbeit immer noch Ausgleichszulagenempfängerin wäre, so gering wird Erwerbstätigkeit nach Pensionsantritt honoriert. Das Kuriose an der höheren Ausgleichszulage ist, dass 29 Jahre geleistete Einzahlungen von Pensionsversicherungsbeiträgen im EU-Ausland, von denen Österreich also überhaupt nichts hatte, in die nötigen 30 Jahre eingerechnet werden, nicht aber die in Österreich geleisteten Kindererziehungszeiten oder die eingezahlten Jahre nach Pensionseintritt.

Auf ausdrücklichen Wunsch mehrerer Männer sei berichtet, dass auch viele Ehemänner meine Forderungen gutheißen. Gibt es doch viele, die selbst nur eine sehr kleine Pension haben, und davon auch noch die Frau erhalten müssen. Aber auch besser gestellte Männer mit Gerechtigkeitsgefühl können nicht verstehen, warum die jahrzehntelange, für den Fortbestand des Pensionsssystems so wichtige Arbeit der Frauen so überhaupt nichts gelten soll. Müssen doch ihre Kinder mit ihren Pensionsversicherungsbeiträgen die Pension für fremde Kinderlose bezahlen, die eigene Mama bekommt nichts davon.

Sehr wichtig ist noch, dass unsere Unterstützer **kein Interesse an Parteien-Hick-Hack** haben. Wir demonstrieren also nicht gegen irgendeine Partei, sondern nur für eine Verbesserung der derzeitigen Gesetzeslage. Wir wollen auch keiner Partei die Schuld an diesen derart ungerechten Regelungen des Pensionssystems geben. Schuld sind zu einem beträchtlichen Teil wir Frauen selbst, da wir die Zurücksetzung so lange Zeit widerspruchslos zur Kenntnis genommen haben, weil unser Selbstbewusstsein zu gering war. Wir nahmen viele Jahrzehnte schweigend zur Kenntnis, dass Kinderbetreuung und Altenpflege nichts wert sind, wo doch heute horrende Summen eben dafür ausgegeben werden müssen! 

Die Teilnehmer an der Demo bitte ich, in der Handtasche eine Warnweste aus dem Auto (so vorhanden) mitzunehmen. Der Veranstalter (also ich) muss nämlich für einen Ordner je 50 Teilnehmer sorgen. Mit dem Anziehen einer solchen Warnweste wäre der Ordner genügend ausgewiesen. Zwar gibt es kaum etwas zum Ordnen, aber Vorschrift ist Vorschrift.

**Bitte werben Sie in Ihrem Umkreis für die Demo!** Diese Aussendung ergeht auch an alle Landtagsklubs und Seniorenverbände in Österreich. Beobachten Sie, welche Partei sich durch öffentliche Aufrufe zur Demo beteiligt. Vielleicht erleichtert es Ihnen die "Qual der Wahl" im Oktober.

Demnächst ergeht auch eine Aussendung an alle Parlamentsklubs mit der Bitte um eine verbindliche Bewertung der drei Forderungen ("Werden Sie ab Herbst 2017 als Regierungs- oder auch Oppositionspartei unsere Forderungen unterstützen, Punkt 1. ja oder nein ...?) Bei einem "nein" wird um eine Begründung mit höchstens zwei Sätzen ersucht werden. Auch keine Antwort ist dann natürlich eine Antwort... Auch die Bundesorganisationen des Seniorenbundes, Seniorenringes und des Pensionistenverbandes werden zu dieser Bewertung eingeladen. Da die Adressaten meine Forderungen bereits seit vielen Wochen erhalten haben, stelle ich mir eine Frist bis 31. Juli 2017 für die Beantwortung vor. Die Antworten bzw. Nicht-Antworten werden dann wieder an Sie weitergegeben. Ich habe von den genannten Stellen zwar teilweise schon Zusagen erhalten, doch war das, bevor die Wahlen vorgezogen wurden, und ich will unter diesen geänderten Umständen niemanden beim Wort nehmen.